



**Marktgemeinde ALLAND**, Bez. Baden, N.Ö.

2534 Alland, Hauptstraße 176



02258/2245 Fax: 02258/2424 Mail: [gemeindeamt@alland.gv.at](mailto:gemeindeamt@alland.gv.at)

Protokoll-Nr.  
4/2024

# VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche SITZUNG des  
GEMEINDERATES

**am 17. September 2024 im Sitzungssaal, 1. Stock, des Gemeindeamtes Alland.**

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:20 Uhr

Die Einladung zur öffentlichen Sitzung erfolgte am 11. September 2024 per E-Mail und Kurrende. Eine Einladung (GR Nagl) wurde am 11. September 2024 per Boten übermittelt.

## **ANWESEND WAREN:**

BGM Stefan Loidl (ÖVP)

VBGM Ing. Gregor Burger (ÖVP)

GR Rainer Andermann (SPÖUBA)

GfGR Mag. (FH) Ing. Christian Bonfert (ÖVP)

GR Elisabeth Dollensky (ALL)

GR Dipl.-Ing. Erwin Dollensky (ALL)

GfGR M.A. M.Sc. Armin Franz Grasel (ÖVP), *verspätet um 19:20 Uhr*

GfGR Hannes Hofstätter (SPÖUBA)

GR Thomas Kropik (ÖVP)

GR Mag. Andrea Maria Mayer (ÖVP)

GR Bernhard Nagl (SPÖUBA)

GR Leopold Ottersböck (ÖVP)

GR Mag. Tibor Pásztor (ÖVP)

GfGR Martin Rapold (ÖVP)

GR Ing. Leopold Schagl (ÖVP)

GR Ing. Markus Westmayer (SPÖUBA)

GR Dr. Alois Zach (ÖVP)

## **ANWESEND WAREN AUSSERDEM:**

Amtsleiter Dipl.-Ing. Andreas Fischer (Schriftführer)

## **ENTSCULDIGT WAREN:**

GR Erika Grasel (ÖVP)

GR Karl Kolbe (SPÖUBA)

GR Maria Jakob (ÖVP)

GR Ing. Karl Weintögl (SPÖUBA)

Der Vorsitzende, Bürgermeister Stefan Loidl, begrüßt die Gemeinderäte und alle Zuhörer. Die Sitzungseinladung ist an alle Gemeinderatsmitglieder zeitgerecht ergangen. Entschuldigt haben sich im Vorfeld der Sitzung die Gemeinderatsmitglieder Erika Grasel, Karl Kolbe, Maria Jakob und Karl

Weintögl. GfGR Armin Grasel wird sich berufsbedingt etwas verspäten. Die Beschlussfähigkeit gem. § 48 NÖ Gemeindeordnung ist gegeben.

Rechtzeitig vor der Sitzung wurde von GR Dipl.-Ing. Erwin Dollensky ein Dringlichkeitsantrag (**siehe Anlage A**) gemäß §46 Abs. 3, NÖ Gemeindeordnung, zum Thema „Einsicht des Gemeinderates in die Evaluierungen der Allander Schulen“ eingebracht. Der Gemeinderat stellt auf Ersuchen des Bürgermeisters kurz den Sachverhalt und die Begründung der Dringlichkeit vor. Die Ergebnisse der zuletzt erfolgten Überprüfungen und Evaluierungen durch Bildungsdirektion und Ministerium sollten dem Gemeinderat ehestmöglich offengelegt werden. Die Gemeinderäte sehen aufgrund der laufenden Instandhaltungsmaßnahmen im Schulwesen die Dringlichkeit geboten.

Der Vorsitzende beantragt daraufhin, den vorliegenden Dringlichkeitsantrag stattzugeben und als TOP 13 auf die Tagesordnung zu nehmen. Des Weiteren soll in einem neuen TOP 14 auf die aktuelle Hochwasserkatastrophe eingegangen werden. Die Personalangelegenheiten der nicht öffentlichen Sitzung wird als TOP 15 nachgereiht.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Aufnahme des gegenständlichen Dringlichkeitsantrages als neuen TOP 13 aus und zeigt sich auch mit der Reihung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte einverstanden.

ÖVP	dafür	10	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung lautet wie folgt:

## **TAGESORDNUNG**

- 1 Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzung**
- 2 Bericht des Prüfungsausschusses**
- 3 Berichte von weiteren Gemeinderatsausschüssen**
- 4 Darlehensaufnahme für den Kindergarten-Umbau:  
A. 1,2 Mio. € (in der Höhe der anerkannten Kosten)  
B. 500.000 € (genehmigungspflichtig)**
- 5 Beauftragung der restlichen Leistungen der Baukooperative GmbH**
- 6 Weitere Angebote für das Bauvorhaben**
- 7 Aufhebung der Bausperre**
- 8 Pachtvertrag, Teilgrundstück (762 m<sup>2</sup>) von GSt.-Nr. 260/2, KG Alland**
- 9 Einvernehmliche Vereinbarung über den Betrieb und  
die Finanzierung der Bezirksalarmzentrale Baden**
- 10 Endabrechnung von zwei Fahrzeuganschaffungen der FF Alland**
- 11 Gemeindewohnung: Neuer Mietvertrag, Gruberweg 165/4**
- 12 Nationalratswahl 2024**
- 13 Dringlichkeitsantrag:  
Einsicht des Gemeinderates in die Evaluierungen der Allander Schulen**
- 14 Hochwasserkatastrophe**

Im Anschluss daran soll die nicht öffentliche Sitzung mit dem **TOP 15 (Personalangelegenheiten)** abgehalten werden.

## **Tagesordnungspunkt 1, Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzung**

Der Vorsitzende ersucht um die Genehmigung der öffentlichen Protokolle vom 4. Juni 2024 und 25. Juni 2024 sowie des nicht öffentlichen Protokolls vom 25. Juni 2024. Bis zum Sitzungsbeginn sind keine schriftlichen Stellungnahmen hierzu eingelangt.

**Beschluss:** Der Gemeinderat nimmt alle 3 genannten Protokolle einstimmig an.

ÖVP	dafür	10	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

Die Protokolle werden sodann von den Zeichnungsberechtigten unterfertigt.

## **Tagesordnungspunkt 2, Bericht des Prüfungsausschusses**

Bürgermeister Loidl ersucht in weiterer Folge den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses seinen Bericht abzugeben. GR Markus Westymayer informiert, dass am 11. September 2024 eine Prüfungsausschuss-Sitzung stattgefunden hat und nimmt zum Protokoll (**siehe Anlage B**) umfassend Stellung. Dieses wurde im Vorfeld der Sitzung an alle Gemeinderäte zur Kenntnisnahme verschickt und seitens des Bürgermeisters und des Kassenverwalters gemäß § 82 Abs. 3 NÖ Gemeindeordnung zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister geht auf die einzelnen Punkte ein und klärt die gestellten Fragen auf.

GR DI Dollensky hinterfragt unter anderem die zweispurige Aufgabenverteilung des Bauhofs und der extern beauftragten Firma in punkto Pflegemaßnahmen im Gemeindegebiet. Der Bürgermeister fasst zusammen, dass die alltäglichen Arbeiten dem Bauhof zugeteilt werden und die gärtnerischen Tätigkeiten aus Kostengründen ausgelagert werden. Die betreffenden Pflegearbeiten werden jährlich im Vorstand evaluiert.

Der Prüfungsausschuss-Vorsitzende fordert den Bürgermeister auf, dass die noch offenen Verschreibungen in den Gebührenhaushalten schnellstmöglich gemahnt werden sollten. Aufgrund des Serverausfalls durch das Hochwasser wird sich der geplante Mahnlauf bis zur Reparatur um einige Wochen verzögern. Der Amtsleiter fragt nach, ob auch die Hochwassergeschädigten in der aktuell schwierigen Situation vollumfänglich gemahnt werden sollen. Rund die Hälfte der Forderungen betreffen private Haushalte mit Forderungen unter 5.000 €. Der Gemeinderat verständigt sich darauf, dass allen Privaten spätestens mit 11. November 2024 die Mahnschreiben zugestellt werden sollen. Der verbleibende Rest (Firmen/Bauträger/Gemeinden) mit offenen Forderungen bis in den fünfstelligen Bereich sollen noch im Oktober gemahnt werden. Der Bürgermeister ersucht um Zustimmung und Kenntnisnahme.

**Beschluss:** Die Gemeinderäte zeigen sich mit dem Bericht, Protokoll und dem Zeitplan zum Forderungsmanagement einstimmig einverstanden.

ÖVP	dafür	10	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

GfGR Armin Grasel (ÖVP) kommt um 19:20 Uhr verspätet zur Sitzung.

### **Tagesordnungspunkt 3, Berichte von weiteren Gemeinderatsausschüssen**

Der Bürgermeister ersucht den Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen, GfGR Christian Bonfert, um seinen Bericht zu der im Vorfeld der Gemeinderatssitzung abgehaltenen Ausschusssitzung vom 17. September 2024 (**siehe Anlage C**). Der geschäftsführende Gemeinderat verweist auf die geplante Darlehensaufnahme für den KIGA-Umbau in der Gesamthöhe von 1,7 Mio. €. Von den ausschreibungskonformen Angeboten haben die Ausschussmitglieder alle 13 Angebote (mit der gewünschten halbjährlichen Möglichkeit einer Annuitätenrückzahlung mit fixer bzw. variabler Verzinsung und Laufzeiten von 15, 20, 24 und 25 Jahren) gesichtet. Gemäß der Empfehlung des Finanzausschusses vom 31. Juli 2024 eine 15-jährige Laufzeit zu wählen, kam man zum Ergebnis, dem Bestangebot der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG den Vorzug zu geben. Als zweitgereihtes Angebot wurde die Hypo Oberösterreich mit einem geringfügig höheren Zinssatz gewertet. Falls es noch eine Nachverhandlungsmöglichkeit im Zuge der Loanbox-Ausschreibung gibt, empfiehlt der Finanzausschuss die beiden Angebote der oben genannten noch weiter auszureizen.

AL Fischer erklärt, dass die Angebote in dieser Plattform bindend seien und keine Nachverhandlungen mehr möglich sind. Er ergänzt weiters, dass es sich bei den genannten Angeboten allesamt um Fixzinsangebote handelte, die bei rund 3% Zinssatz indikativ zu liegen kommen. Nach dem Zuschlag kann es daher noch zu geringfügigen Bewegungen nach oben und unten kommen. Überraschend war für ihn bei der Angebotssichtung der Abstand zu den variablen Zinssätzen, die gut 1% über den Fixzinsangeboten bei gleicher Laufzeit lagen.

### **Tagesordnungspunkt 4, Darlehensaufnahme für den Kindergarten-Umbau**

Der Vorsitzende ersucht auf Empfehlung des Finanzausschusses (vgl. dazu TOP 3), das vorliegende Bestangebot der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG (Investitionskredit in der Gesamthöhe bis zu 1,7 Mio. € für den KIGA-Umbau, mit dem Tilgungsprofil Annuitätenzahlung und einer Laufzeit von 15 Jahren (15.10. 2024 bis 15.10.2040) zum indikativ angebotenen Fixzinssatz in der Höhe von 2,99% (inkl. 0,01% Betreibergebühren) zu beschließen.

In Abstimmung mit dem vorläufigen Zuschussplan des Schul- und Kindergartenfonds (Amt der NÖ Landesregierung) können dazu 2 Darlehensverträge mit A.) 1,2 Mio. € (d.h. in der Höhe der anerkannten/genehmigungsfreien und geförderten Kosten) sowie B.) 500.000 € (= Restfinanzierung/genehmigungspflichtige Kosten) für die bessere Darstellbarkeit im Schuldennachweis/Rechnungsabschluss von der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG eingefordert werden.

Bürgermeister Loidl ersucht die beiden Darlehensverträge daher getrennt voneinander in **TOP 4 A** (1,2 Mio. €) und **TOP 4 B** (500.000 €) mit den angebotenen Eckdaten zu beschließen. Der Gemeinderat zeigt sich damit einverstanden.

**TOP 4 A - 1,2 Mio. € (in der Höhe der anerkannten Kosten):** Der Bürgermeister beantragt, das vorliegende Bestangebot der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG in einer Vertragsurkunde mit 1,2 Mio. € für den KIGA-Umbau, mit dem Tilgungsprofil Annuitätenzahlung und einer Laufzeit von 15 Jahren (15.10. 2024 bis 15.10.2040) zum indikativ angebotenen Fixzinssatz in der Höhe von 2,99% (inkl. 0,01% Betreibergebühren) zu beschließen.

**Beschluss:** Der Gemeinderat nimmt das vorliegende Bestangebot einstimmig an.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

**TOP 4 B - 500.000 € (genehmigungspflichtig):** Der Bürgermeister beantragt, das vorliegende Bestangebot der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG in einer Vertragsurkunde mit 500.000 € für den KIGA-Umbau, mit dem Tilgungsprofil Annuitätenzahlung und einer Laufzeit von 15 Jahren (15.10. 2024 bis 15.10.2040) zum indikativ angebotenen Fixzinssatz in der Höhe von 2,99% (inkl. 0,01% Betreibergebühren) zu beschließen.

**Beschluss:** Der Gemeinderat nimmt das vorliegende Bestangebot einstimmig an.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

## **Tagesordnungspunkt 5, Beauftragung der restlichen Leistungen der Baukooperative GmbH**

Bürgermeister Loidl erteilt dem Vizebürgermeister das Wort. VBGM Burger teilt mit, dass er dem Auftrag der Nachverhandlung am Sitzungstag nachgekommen sei und für die noch nicht beschlossenen Positionen folgendes Einvernehmen bei den in Frage kommenden Nettopreisen herstellen konnte:

### **Planung und Aufführung:**

Angebot	Künstlerische Oberleitung	6.530 €	minus 30%
Angebot	Technische Oberleitung	6.530 €	minus 30%
Angebot	Geschäftliche Oberleitung	6.530 €	minus 30%

### **Bauaufsicht und BauKG:**

Angebot	Örtliche Bauaufsicht (ÖBA)	60.900 €	minus 3% Nachlass
Angebot	BauKG	9.500 €	Reduktion auf 4.000 €

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den oben bezifferten und ausverhandelten Ergebnissen, der noch offenen Leistungsbeauftragungen der Baukooperative GmbH aus 3053 Brand Laaben, zuzustimmen. GR Westymayer enthält sich bei den Angebotsannahmen der Stimme, er begründet dies mit der Vorgeschichte der bereits erfolgten Auftragsvergaben an die Fa. Baukooperative GmbH.

**Beschluss:** Der Gemeinderat spricht sich mehrstimmig im Sinne des Antrags aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	3	dagegen	1 (Enthaltung: GR Westymayer)
ALL	dafür	2	dagegen	0

## **Tagesordnungspunkt 6, Weitere Angebote für das Bauvorhaben**

Bürgermeister Loidl informiert über die gemeinsam mit der Baukooperative GmbH durchgeführten Angebotsöffnungen vom 4. September 2024 der noch offenen Gewerke vom aktuellen KIGA-Umbau und ersucht in den Punkten a) bis f) einzeln darüber einzeln abzustimmen.

**a) Malerarbeiten:** Es sind 11 Firmen zur Angebotsabgabe eingeladen worden, 5 Angebote wurden termingerecht abgegeben. Nach der vertieften Angebotsprüfung lautet der Vergabevorschlag auf die Fa. Erich Marker GmbH & Co KG mit einem Gesamtnettopreis in der Höhe von 35.505,88 €.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Fa. Erich Marker den Auftrag für die ausgeschriebenen Malerarbeiten gemäß dem vorliegenden Vorgabevorschlag zu erteilen.

**Beschluss:** Die Gemeinderäte sprechen sich einstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

**b) Bodenleger:** Es sind 7 Firmen zur Angebotsabgabe eingeladen worden, 3 Angebote wurden termingerecht abgegeben. Nach der vertieften Angebotsprüfung lautet der Vergabevorschlag auf die Fa. Gaster GmbH mit einem Gesamtnettopreis in der Höhe von 35.088,72 €.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Fa. Gaster GmbH den Auftrag für die ausgeschriebenen Bodenlegerarbeiten gemäß dem geprüften Vorgabevorschlag zu erteilen.

**Beschluss:** Die Gemeinderäte sprechen sich einstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

**c) Fliesenleger:** Es sind 9 Firmen zur Angebotsabgabe eingeladen worden, 5 Angebote wurden termingerecht abgegeben. Nach der vertieften Angebotsprüfung lautet der Vergabevorschlag auf die Fa. Fliesen Pattig mit einem Gesamtnettopreis in der Höhe von 21.297,11 €.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Fa. Fliesen Pattig den Auftrag für die ausgeschriebenen Fliesenlegerarbeiten gemäß dem geprüften Vorgabevorschlag zu erteilen.

**Beschluss:** Die Gemeinderäte sprechen sich einstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

**d) Bautischler - Innentüren:** Es sind 10 Firmen zur Angebotsabgabe eingeladen worden, 2 Angebote wurden termingerecht abgegeben. Nach der vertieften Angebotsprüfung lautet der Vergabevorschlag auf die Tischlerei Alfred Brandtner mit einem Gesamtnettopreis in der Höhe von 20.182,04 €.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Tischlerei Alfred Brandtner den Auftrag für die ausgeschriebenen Fliesenlegerarbeiten gemäß dem geprüften Vorgabevorschlag zu erteilen.

**Beschluss:** Die Gemeinderäte sprechen sich einstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

**e) Aufzug:** Es sind 4 Firmen zur Angebotsabgabe eingeladen worden, 4 Angebote wurden termingerecht abgegeben. Nach der vertieften Angebotsprüfung lautet der Vergabevorschlag auf die TK Aufzüge GmbH mit einem Gesamtnettopreis in der Höhe von 32.679,30 €. GR Westymayer fragt nach, wer die Firmen zur Angebotslegung ausgesucht habe. Die Gemeindeführung verweist auf die Baukooperative GmbH, da man damit keinerlei Erfahrungen habe. Die Gemeinderäte nehmen das zur Kenntnis.

Der Bürgermeister stellt daraufhin den Antrag, der TK Aufzüge GmbH den Auftrag für die ausgeschriebenen Fliesenlegerarbeiten gemäß dem geprüften Vorgabevorschlag zu erteilen.

**Beschluss:** Die Gemeinderäte sprechen sich mehrstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	3	dagegen	1 (Enthaltung: GR Westymayer)
ALL	dafür	2	dagegen	0

Alle bisher vorgelegten Angebote liegen laut den vorliegenden Aufstellungen mit ihren Angebotssummen im budgetierten Kostenrahmen.

**f) Fenster:** Nicht zufriedenstellend sei hingegen das Ausschreibungsergebnis bei den Fenstern. Von 8 eingeladenen Bietern wurden nur 3 Angebote abgegeben. Davon war ein Angebot unvollständig und daher auszuschneiden, die beiden anderen Angebote lagen weit über dem budgetierten Rahmen.

Der Bürgermeister stellt aufgrund dieser Feststellungen den Antrag, die Ausschreibung für die Fenster vom Gemeinderat aufheben zu lassen, die Ausschreibungsunterlagen nochmals zu überarbeiten und dann dieses Gewerk neu auszuschreiben. GR Westymayer ersucht den Bürgermeister auch ihn bei den zukünftigen Angebotsöffnungen rechtzeitig zu unterrichten. Der Vorsitzende begrüßt diesen Vorschlag, zuletzt fanden diese zur Mittagszeit nach einer Baubesprechung statt.

**Beschluss:** Die Gemeinderäte sprechen sich daraufhin einstimmig für die Aufhebung der Ausschreibung Fenster und eine schnellstmögliche Überarbeitung der Unterlagen aus. Es soll dann schnellstmöglich neu ausgeschrieben werden.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

## **Tagesordnungspunkt 7, Aufhebung der Bausperre**

Bürgermeister Loidl berichtet, dass die jüngste Änderung des Bebauungsplanes bereits in Rechtskraft erwachsen sei. Die seitens des Gemeinderates am 14. November 2022 erlassene Bausperre-Verordnung könne somit wieder aufgehoben werden.

Der Vorsitzende stellt daraufhin den Antrag, die gegenständliche Verordnung mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

**Beschluss:** Der Gemeinderat spricht sich mehrstimmig für die Aufhebung der Bausperre aus.

ÖVP	dafür	10	dagegen	1	(Enthaltung: GfGR Christian Bonfert)
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0	
ALL	dafür	2	dagegen	0	

## **Tagesordnungspunkt 8, Pachtvertrag, Teilgrundstück (762 m<sup>2</sup>) von GSt.-Nr. 260/2, KG Alland**

Bürgermeister Loidl legt den im Vorfeld mit dem Gemeindevorstand besprochenen Pachtvertrag vor. Ein Verkauf des Grundstückes stehe demnach nicht zur Diskussion. Die Pächter Katherina Christina und Michael Neuhold sowie Richard Komerzky, alle wohnhaft in der Lutterkordtgasse 590 bzw. 629, beabsichtigen einen Grundstücksteil zu vereinbarten Zwecken zu nutzen. Die Pachtflächen sind zur Gänze Grünland. Als Berechnungsbasis habe man Vergleiche und Bewertungen von den Österreichischen Bundesforsten herangezogen und sich prinzipiell auf einen jährlichen Pachtzins in der Höhe von 150 € wertgesichert geeinigt. Nachdem im Vertrag auch eine monatliche Kündigungsfrist festgeschrieben wurde und die Antragsteller an einer längerfristigen Bewirtschaftung mit Hochbeeten bzw. Obstbäumen und großflächigeren Pflege (regelmäßiges Mähen des Rasens) interessiert wären, hat der Vorstand einen Vertragsbeginn ab 1. Jänner 2025 auf unbestimmte Zeit vorgeschlagen. Dem Vertragsentwurf ist auch ein genauer Lageplan des Pachtgegenstandes beigelegt.

In der nachfolgenden Diskussion spricht sich der Gemeinderat gegen eine Verpachtung auf unbestimmte Zeit aus. Man einigt sich schließlich auf eine Befristung für maximal 5 Jahre mit der Option auf eine weitere Verlängerung. Es sollen hier auch keinerlei bauliche Maßnahmen geduldet werden, einem einfachen Drahtzaun spreche zum Schutz der Anlagen nichts entgegen. GR Westmayer fordert den Gemeinderat auf, für zukünftige Verträge eine nachvollziehbare und vergleichbare Richtlinie zur Gleichbehandlung zu erarbeiten.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, dem gegenständlichen Vertrag mit den genannten Änderungen zuzustimmen.

**Beschluss:** Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden Pachtvertrag mit einer abgeänderten, vorläufig 5-jährigen Pachtdauer einstimmig zu.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

## **Tagesordnungspunkt 9, Einvernehmliche Vereinbarung über den Betrieb und die Finanzierung der Bezirksalarmzentrale Baden**

Bürgermeister Loidl stellt die vorliegende Vereinbarung zwischen der Freiwilligen Feuerwehr Baden-Leesdorf und allen Gemeinden des Bezirkes Baden vor. In der Bürgermeisterkonferenz vom 25. September 1996 wurde der Betrieb dieser Zentrale sowie deren Finanzierung festgelegt. Die betreffende Vereinbarung wurde zuletzt im Jahr 2019 verlängert. In der Bürgermeisterkonferenz vom 14. Mai 2024 sprach man sich aufgrund der ausdrücklichen Zusage des FF-Kommandos für eine Verlängerung auf weitere 5 Jahre (bis 31.12.2029) und Evaluierung der gegenständlichen Vereinbarung aus. Die Aufgaben der Bezirksalarmzentrale ergeben sich aus der NÖ Alarmierungsverordnung. Durch die Verlegung der Bezirksalarmzentrale in das Gebäude des Roten Kreuzes Baden ging die Zuständigkeit für den Betrieb auf die Freiwillige Feuerwehr Baden-Leesdorf über. Die Personalkosten der 5 Bediensteten seien von den Gemeinden zu tragen. Der größte Anteil wird in der Praxis durch die Einnahmen der TUS Anschluss-Gebühren bedeckt. Im Jahr 2024 werden sich die Personalkosten auf 309.747,69 € belaufen. Davon gelangen lediglich 78.466,54 € zur Aufteilung. Der Restbetrag wird von den TUS-Anschluss-Gebühren gedeckt. Alle Kosten für den Betrieb und die Erhaltung werden ebenfalls aus diesen Mitteln übernommen. Um die Berechnung und die Vorschreibung zu vereinfachen, sollen ab 1. Jänner 2025 nur mehr 35 Cent auf Basis der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde vorgeschrieben werden. Grundlage dafür sei das zuletzt aktuell verlautbarte Volkszählungsergebnis. Für 2023 seien das demnach insgesamt 105.029 Personen, davon entfallen auf die MG Alland 2.651 Personen. Der jährliche Kostenbeitrag käme damit bei 927,85 € zu liegen.

Der Bürgermeister beantragt, die vorliegende, neue Vereinbarung im Gemeinderat zu genehmigen und im Anschluss daran auch von einem geschäftsführenden Gemeinderat und zwei weiteren zeichnungsberechtigten Gemeinderäten zu unterfertigen.

**Beschluss:** Der Gemeinderat genehmigt die einvernehmliche Vereinbarung einstimmig. Diese wird sodann auch unterfertigt.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

## **Tagesordnungspunkt 10, Endabrechnung von zwei Fahrzeuganschaffungen der FF Alland**

Der Vorsitzende informiert von den abgeschlossenen Rechnungsprüfungen, nachdem die FF Alland sämtliche Anschaffungskosten für die beiden neuen Fahrzeuge auf eigene Rechnung geleistet hat. Förderungstechnisch liefen hingegen zahlreiche Eingänge über das Girokonto der MG Alland. Gem. Förderungslinie wurden 27.000 € als Sonderförderung für das VRF-Einsatzfahrzeug bereitgestellt. Wie in der Sitzung des FF-Kommandos mit der Gemeindeführung besprochen, sollen diese zugesagten ASFINAG-Mittel zur Gänze bei der FF Alland verbleiben. Sie können demnach auch nicht mehr in der Endabrechnung berücksichtigt werden. Nachdem die Gesamtanschaffung beider Fahrzeuge (VRF und MTF) im Investitionsnachweis nach den damaligen Angeboten ausgaben- und einnahmenseitig (mit allen Förderungen, Darlehen usw.) im Haushalt der MG Alland kontiert worden sind, sind im 1. NTVVA 2024 nur mehr die tatsächlich erfolgten Zahlungsflüsse darzustellen.

Laut Bürgermeister Loidl wurde seitens der MG Alland für das VRF bereits ein Kostenanteil von 100.000 € sowie die damit zusammenhängende Mehrwertsteuer-Rückvergütung in der Höhe von 12.500 € auf das Allander FF-Konto überwiesen. Für das MTF überwies die MG Alland einen Kostenanteil von 26.500 € sowie eine Mehrwertsteuer-Rückvergütung von 5.000 €.

Gemäß der vorgelegten und geprüften Endabrechnung konnte der vereinbarte Kostenrahmen für das VRF-Einsatzfahrzeug eingehalten werden. Beim MTF habe man aufgrund eines Fehlers in der Ausschreibung (fehlende Sonderausrüstungen) auf einen noch fälligen Differenzbetrag in der Höhe von 4.350 € mit dem FF-Kommando geeinigt. Dies müsste bei der Budgetkorrektur dem MTF-Kostenanteil noch zugerechnet werden. Die Gemeinderäte signalisieren diesbezüglich ihre Zustimmung.

Der Bürgermeister beantragt, die oben genannten Positionen im 1. NTVVA 2024 korrigieren zu dürfen und der FF-Alland schnellstmöglich den offenen Restbetrag in der Höhe von 4.350 € für das VRF-Fahrzeug überweisen zu können.

**Beschluss:** Der Gemeinderat stimmt diesem Antrag einstimmig zu und dankt den FF-Kommandanten im Krisenstab für ihre Katastrophenhilfe und fordernden Einsatz im gesamten Gemeindegebiet.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

### **Tagesordnungspunkt 11, Gemeindewohnung: Neuer Mietvertrag, Gruberweg 165/4**

Bürgermeister Loidl berichtet von der vorangegangenen Komplettsanierung der Wohnung. Der etwa 45 m<sup>2</sup> große Mietgegenstand sei daher als Erstbezug zu bewerten. Nachdem es Anfang Juli 2024 einen dringlichen Bedarf einer jungen Familie gegeben hat, entschied man sich vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderates und einer sofortiger Mietvorschreibung das Objekt an Herrn Alexandru Melite Chete, geb. am 24.12.1984, mit 1. Juli 2024 befristet auf 3 Jahre freizugeben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, die gegenständliche Wohnung gemäß dem aufliegenden Vertragsentwurf zu einem Gesamtmietzins von 518,63 € (inkl. USt), wie dargelegt, vergeben zu können.

**Beschluss:** Der Gemeinderat spricht sich einstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0
ALL	dafür	2	dagegen	0

### **Tagesordnungspunkt 12, Nationalratswahl 2024**

Der Vorsitzende informiert zur erfolgten Konstituierung der Wahlbehörden. Alle Mitglieder sind vorab wieder eingeladen, die Schulungsangebote der BH Baden (23. September 2024), des Landes oder des Bundes (E-Learning/BMI) zu besuchen. Für die Übernahme der Drucksorten und der

Briefwahlkarten-Pakete (von der BH Baden) wurden seitens der Gemeindewahlbehörde drei Bedienstete aus der Verwaltung (AL Andreas Fischer, Georg Denner und Erika Kutner) bestimmt. Sämtliche Wahlangelegenheiten seien in Abstimmung mit der Bezirksverwaltungsbehörde schriftlich und ausschließlich über die E-Mail-Adresse [wahlen-gemeinden.bhbn@noel.gv.at](mailto:wahlen-gemeinden.bhbn@noel.gv.at) zu kommunizieren. Für alle Mitglieder und Hilfsorgane der Wahlbehörden gilt, dass Sprengel- und/oder Gemeindewahlergebnisse keinesfalls vor 17 Uhr veröffentlicht werden dürfen (strafrechtliche Folgen). VBGM Burger und GR Kropik entschuldigen sich für den Wahltag. Bürgermeister Loidl ersucht zumindest die Sprengelwahlleiter den Schulungstermin der BH Baden wahrzunehmen.

### **Tagesordnungspunkt 13, Dringlichkeitsantrag: Einsicht des Gemeinderates in die Evaluierung der Allander Schulen**

Der Vorsitzende erteilt GR DI Erwin Dollensky das Wort. In seinem Dringlichkeitsantrag (**siehe Anlage A**) zum Thema „Einsicht des Gemeinderates in die Evaluierungen der Allander Schulen“ begründet er die Hintergründe seines Anliegens (Standortsicherung, Erhalt der Schulstandorte usw.) und fordert den Gemeinderat auf, im Sinne von mehr Transparenz und Klarheit beim Ausheben dieser - auch für den Schulerhalter - planungsrelevanten Unterlagen (Schulentwicklungspläne, Zielvereinbarungen etc.) zu unterstützen.

Der Bürgermeister ersucht über den rechtzeitig eingebrachten Antrag abzustimmen.

**Beschluss:** Der Gemeinderat spricht sich mehrstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	10	dagegen	1	(Enthaltung: GR Leopold Schagl)
SPÖUBA	dafür	4	dagegen	0	
ALL	dafür	2	dagegen	0	

### **Tagesordnungspunkt 14, Hochwasserkatastrophe**

Bürgermeister Loidl informiert vom Einsatz des Krisenstabs und dem hohen Schadensausmaß im Gemeindegebiet. Eine genaue Übersicht darüber werde man erst in den nächsten Wochen und Monaten haben. Neben vielen Privathaushalten und Unternehmen sei auch das Gemeindeamt im Kellergeschoss massiv von der Überschwemmung betroffen. Das Wasser drang dort vom Pöllerbach kommend bis zu einer Höhe von 1,30 m ein. Im Amt selbst sei vor allem der Technikraum mit dem Server, der Heizraum, das Archiv und die vermietete Ordination von der Tierärztin Dr. Nicole Grünwald zerstört worden. GR Schagl regt anstatt eines neuen Servers eine iCloud-Lösung an, viele Betriebe würden damit ohne Probleme ihr Auslangen finden und hätten damit ein solches Risiko ausgelagert. Die Gemeindeführung verweist auf die gängigen Lösungen und die Empfehlungen der GemDat, der Vorschlag wird noch vor der neuen Serveranschaffung geprüft werden.

Der Bürgermeister dankt abschließend für den Zusammenhalt, die gezeigte Solidarität und Freiwilligenarbeit. Um den vielerorts, betroffenen Privaten, Unternehmen und Landwirten schnell zu helfen, sei die Bildung von mehreren Schadenskommissionen unter seiner Leitung oder eines bevollmächtigten Vertreters (geschäftsführender Gemeinderat) seitens der Gemeinde zu bilden. Insgesamt soll eine Kommission zumindest aus 3 Vertretern bestehen. Folgende Mitglieder des Gemeinderates melden sich bis zur Ende der Sitzung für diese Aufgabe: VBGM Gregor Burger

(ÖVP), GfGR Christian Bonfert (ÖVP), GfGR Martin Rapold (ÖVP), GfGR Hannes Hofstätter (SPÖUBA), GR Karl Kolbe (SPÖUBA), GR Thomas Kropik (ÖVP), GR Karl Weintögl (SPÖUBA) und GR Alois Zach (ÖVP).

Nachdem im Archiv auch viele Bauakte zerstört wurden, wird man für die Aushebung der bereits digitalisierten Akte auf die Netzwerkanbindung warten müssen. Für Schäden über 20.000 € wird das Gebietsbauamt Sachverständige zur Verfügung stellen. Unter 20.000 € werden hierbei Sachverständige der Gemeinde unterstützen. Für die landwirtschaftlichen Schäden soll ein SV der Bezirksbauernkammer beigezogen werden. Näheres werde man noch erfahren.

Nachdem es keine weiteren Fragen mehr gibt, dankt Bürgermeister Loidl den Zuhörern für ihr Kommen und schließt die öffentliche Sitzung. Im Anschluss daran soll mit der nicht öffentlichen Sitzung fortgefahren werden.

Sitzungsende: 20:20 Uhr

Das Sitzungsprotokoll mit allen öffentlichen Tagesordnungspunkten wurde in der Sitzung am

~~5.11.2024~~

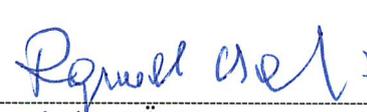
genehmigt.

10.12.2024

  
Bürgermeister



  
Schriftführer

  
Gemeinderat ÖVP

  
Gemeinderat SPÖUBA

  
Gemeinderat ALL